

# Grundsteuerreform und Haushaltsplan 2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
geschätzte Mitglieder der Verwaltung und des Stadtrats,

der Haushaltsentwurf liegt vor uns, und er verlangt von uns Entscheidungen, die die Weichen für die Zukunft unserer Stadt stellen werden.

Es ist bedauerlich, dass unsere Anfragen aus Oktober und November, die für eine fundierte Bewertung des Haushaltsplans essenziell gewesen wären, erst nach dessen Beschluss beantwortet werden sollen. Dies widerspricht einem transparenten und demokratischen Entscheidungsprozess.

Nach einer eingehenden Analyse gibt es grundlegende Herausforderungen. Die Gründe dafür sind vielfältig und lassen sich in vier zentrale Problemfelder unterteilen:

- steigende Aufwendungen und Haushaltsdefizite,
- zu hohe Ausgaben im Sozial- und Asylbereich
- zunehmende Belastungen der Bürger durch Steuern und Abgaben
- eine ausufernde Investitionspolitik, die mit stetig steigenden Kreditverbindlichkeiten und immer höheren Zins- und Tilgungsbelastungen einhergeht.

---

## 1. Steigende Kosten und Verluste – ein unhaltbarer Kurs

Wir befinden uns in einer Situation, in der nicht nur die Fehlbeträge zunehmen, sondern auch die Verschuldung unserer Stadt zunimmt.

Der **Jahresfehlbetrag** von **5,2 Millionen Euro** ist bereits besorgniserregend. Die geplante **Gesamtverschuldung** von **114,8 Millionen Euro** im nächsten Jahr ist mehr als das.

Ein Plan, wie das Haushaltsdefizit durch Kosteneinsparungen ausgeglichen und der Verschuldungsgrad in den nächsten Jahren deutlich reduziert werden kann, ist für uns im Haushaltsplan nicht erkennbar. Die finanziellen Spielräume der Stadt werden sich daher auf absehbare Zeit aufgrund steigender Darlehensbelastungen weiter verschlechtern, was die Handlungsfähigkeit unserer Stadt in den kommenden Jahren zunehmend einschränken wird.

### **Stark steigende Personalkosten:**

Die Personalkosten werden im nächsten Jahr voraussichtlich **74,8 Millionen Euro** betragen, was einem Anstieg von **6,1 % oder 4,3 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2024** entspricht. Zusätzlich entstehen mehr als **22** neue Stellen, ohne dass es ein Konzept dafür gibt, wie diese Mehrkosten durch Effizienzgewinne in der Verwaltung gerechtfertigt werden können. Die Personalkosten haben sich seit 2016 um mehr als **75 %** erhöht. Wenn dies so weitergeht, wird dies langfristig finanziell nicht mehr tragbar sein.

Statt strukturelle Defizite zu beheben, wird ein kurzfristiger Ansatz gewählt, bei dem operative Probleme mit Personalwachstum überdeckt werden.

Durch Effizienzverbesserungen, den Einsatz von KI und digitaler Transformation kann man den Personaldefiziten entgegenwirken. Der Fokus muss daher ab sofort viel stärker auf (digitale) Prozessoptimierungen gelegt werden. Ohne eine konsequente Umsetzung von Optimierungsprozessen werden die Kosten von Jahr zu Jahr weiter ansteigen und wir verlieren wertvolle Zeit, um unsere Verwaltung zukunftsfähig zu gestalten.

### **Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen:**

Ein Blick in den Haushaltsentwurf verrät Unstimmigkeiten. Auf **Seite 29** wird der Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen auf **4,7 Millionen Euro** beziffert, was einer Differenz zu den **4,3 Millionen Euro** entspricht, die auf **Seite 22** angegeben werden. Wie ist es möglich, dass sich hier ein deutlicher Unterschied ergibt? Sind die Zahlen fehlerhaft oder wurden sie bewusst schöngerechnet?

Nachdem wir in diesem Jahr von einmaligen außerordentlichen Nachzahlungen profitieren konnten, zeigt sich nun die erschreckende Wahrheit – die Gewerbesteuer, eine unserer wichtigsten Einnahmequellen, ist alles andere als stabil. Dieser Rückgang zeigt, wie fragil unsere Steuerbasis ist.

Es fehlen klare Strategien, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Wo befinden sich die Pläne zur Stabilisierung unserer Gesellschaft? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Abhängigkeit von unvorhersehbaren Steuererträgen zu reduzieren?

Wir brauchen eine wirtschaftspolitische Offensive, die unsere Gewerbesteuerbasis langfristig sichert. Zu den Maßnahmen gehören die Förderung der lokalen Wirtschaft, die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Unterstützung bestehender Betriebe, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Gleichzeitig müssen wir alternative Einnahmequellen erschließen, um unsere finanzielle Stabilität zu gewährleisten.

---

## **2. Hohe Ausgaben im Sozial- und Asylbereich – ohne nachhaltige Lösung**

Die Ausgaben für den Sozialbereich werden auch im nächsten Jahr weiter steigen, voraussichtlich um **2,1 Millionen Euro**, wobei allein **1,9 Millionen Euro** auf Asylkosten entfallen. Gleichzeitig werden die Erstattungen durch das Land um **1,9 Millionen Euro** gekürzt und somit immer mehr Belastungen vom Land auf die Stadt übertragen. 2025 werden ggf. noch mehr Asylbewerber erwartet. Dieser doppelte Druck führt zu höheren Kosten und einer erheblichen Mehrbelastung für die Stadt.

### **Verfehlte Anwendung des Konnexitätsprinzip:**

„Wer bestellt, bezahlt“ – so lautet das Prinzip, doch in Neustadt scheint man sich damit abgefunden zu haben, dass das Land seiner Verantwortung nicht nachkommt. Andere Städte haben bereits erfolgreich Klage eingereicht und höhere Zuschüsse erhalten. Weshalb wird in Neustadt nicht genauso gehandelt?

Es ist **inakzeptabel**, dass wir als Kommune diese Belastungen allein tragen müssen, während wir die Möglichkeit haben, unsere Rechte einzufordern.

### **Kosten durch geduldete Asylbewerber:**

Nach Berechnungen belaufen sich die jährlichen Kosten für 107 geduldete Asylbewerber in Neustadt (Stand, September 2024) auf **866.700 Euro**, während das Land nur **450.000 Euro** erstattet. Die Stadt wird die Differenz in Höhe von **416.700 Euro** tragen. Dies wird sich wohl auch in den nächsten Jahren nicht ändern, sodass wir auch hier mit weiter ansteigenden Aufwendungen rechnen müssen.

Das ist eine Rechnung, die auf dem Rücken unserer Bürger ausgetragen wird – ohne Aussicht auf nachhaltige Entlastung oder Verbesserung. Wir fordern daher eine umfassende Überprüfung dieser Kosten sowie klare Maßnahmen zur Gegensteuerung. Eine mögliche Lösung könnte der Einsatz eines Abschiebebeauftragten sein, der sich nur auf die Remigration von nicht bleibeberechtigten Menschen konzentriert. Bei konsequenter Auslegung bestehender Gesetze und Verordnungen könnte sich die Schaffung einer solchen Stelle innerhalb kürzester Zeit amortisieren und würde so den Druck auf unsere Haushaltskasse mindern.

---

### **3. Belastungen für die Bürger – Grundsteuererhöhungen ohne Ende**

Die Anpassung der Grundsteuer trifft in erster Linie die Eigentümer von Wohnimmobilien, doch die Belastung wird letztlich auch auf Mieter abgewälzt. In einer Zeit, in der die Lebenshaltungskosten aufgrund gestiegener Energiepreise, Inflation und höherer allgemeiner Abgaben stark angestiegen sind, ist dies eine massive Einschränkung der finanziellen Spielräume der Menschen.

Die vorgesehene Erhöhung auf 620 % stellt für viele Familien, Rentner und junge Erwerbstätige eine erhebliche Mehrbelastung dar, die insbesondere in unteren und mittleren Einkommensgruppen die Lebensqualität erheblich beeinträchtigen kann. Dies führt zu einer deutlichen Erhöhung der jährlichen Belastung für viele Haushalte, ohne dass es zu einer signifikanten Verbesserung städtischer Leistungen oder Infrastruktur kommt.

#### **Die Konsequenzen für das Gewerbe.**

Durch die geplanten Steueranpassungen wird das Gewerbe unserer Stadt erheblich beeinträchtigt. Die Kombination einer Erhöhung der Gewerbesteuer in diesem Jahr und der Grundsteuer A im kommenden Jahr stellt ein doppeltes Risiko für unsere wirtschaftliche Stabilität dar. Durch diese Maßnahmen werden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die bereits durch hohe Energiekosten und eine unsichere wirtschaftliche Lage belastet sind, an ihre Belastungsgrenze gebracht. Diese Unternehmen sind jedoch das Rückgrat unserer lokalen Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze sowie ein hohes Steueraufkommen.

Eine zusätzliche Belastung würde die Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt gegenüber anderen Gemeinden beeinträchtigen, die mit niedrigeren Steuersätzen attraktiv bleiben. Unternehmen könnten durch Stellenabbau oder Verlagerung ihrer Standorte zu einer Schwächung der lokalen Wirtschaft beitragen.

#### **4. Investitionspolitik und Verschuldung – ohne klare Prioritäten**

Die Haushaltsplanung zeigt erneut eine alarmierende Tendenz: Eine Investitionspolitik ohne klare Prioritäten und eine Neuverschuldung in Höhe von **24 Millionen Euro** treibt die finanziellen Belastungen unserer Stadt weiter in die Höhe. Mit den geplanten Investitionen in Höhe von **54,3 Millionen Euro** stellen wir uns die Frage, welche Projekte wirklich notwendig und nachhaltig sind.

##### **Radwege sind erforderlich, aber alle auf einmal?**

Nächstes Jahr werden fast **2,2 Millionen Euro** in vier Projekte für den Ausbau von Radwegen investiert. Die Förderung des Radverkehrs ist ein wichtiges Ziel, das sowohl ökologische als auch infrastrukturelle Vorteile mit sich bringt, aber ist es verantwortungsvoll, alle Maßnahmen in einem Jahr umzusetzen, da die finanzielle Lage angespannt ist? Es fehlt an einer nachvollziehbaren Priorisierung, welche Projekte dringlich sind und welche zurückgestellt werden könnten.

##### **Der Kita-Ausbau ist wichtig, aber ist er nachhaltig?**

Der geplante Aus- und Neubau von Kindertagesstätten mit einer Investition von über **4,2 Millionen Euro** scheint auf den ersten Blick ein sinnvolles Vorhaben zu sein. Doch werfen wir einen genaueren Blick auf die demografische Entwicklung. Die sinkende Geburtenrate stellt uns vor die Frage, ob diese Investitionen langfristig wirtschaftlich sinnvoll sind. Noch gravierender ist der Umstand, dass ein erheblicher Teil der neu geschaffenen Plätze zeitweise für Flüchtlinge und Asylbewerber genutzt wird.

Aufgrund den aktuellen Entwicklungen in Syrien ist zu erwarten, dass viele syrische Asylbewerber in ihre Heimat zurückkehren werden. Nach dem Sturz des Assad-Regimes entfällt dazu auch der Asylgrund. Die Flüchtlinge aus der Ukraine werden in absehbarer Zeit in ihre Heimat zurückkehren. Durch diese Maßnahme wird der Bedarf an zusätzlichen Kapazitäten deutlich reduziert. Es ist unerlässlich, sicherzustellen, dass die neu geschaffenen Kita-Plätze tatsächlich dem langfristigen Bedarf unserer Bürger entsprechen und nicht in wenigen Jahren leer stehen und das Personal wieder entlassen werden muss.

---

Wir möchten daran erinnern, dass die kreisfreie Stadt Speyer am 13. Dezember 2024 beschlossen hat, die Grundsteuer-Hebesätze vorerst nicht zu erhöhen – trotz der Tatsache, dass sich dadurch der Fehlbetrag im nächsten Jahr weiter vergrößern wird.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz sieht sich einer wachsenden Klagewelle gegenüber. Bereits 26 Gemeinden haben Klage eingereicht, und weitere Kommunen bereiten rechtliche Schritte vor. Ihr Ziel ist es, das Land dazu zu bewegen, den Kommunen mehr finanzielle Mittel bereitzustellen. Auch der Städtetag schließt nicht aus, dass sich Städte der Klagewelle anschließen könnten.

Neustadt sollte nicht die letzte Stadt sein, die diesen Weg geht.

---

Die AfD-Fraktion ist darüber zu dem Entschluss gekommen, dass wir der **Grundsteuerreform** und dem **Haushaltsplan** in seiner aktuellen Form **nicht zustimmen** können.

Lassen Sie uns gemeinsam einen Weg finden, der auf Effizienz, Innovation und langfristiger Planung basiert.

**Unsere Bürger erwarten von uns keine Versprechungen, sondern konkrete Lösungen.**

Vielen Dank